

2463/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend Kriegsdienstverweigerung in der Türkei

In der Türkei gilt die Kriegsdienstverweigerung als "Verbrechen erster Ordnung gegen den Staat". Desertion wird ausschließlich von Militärgerichten verhandelt, was gegen die Prinzipien der Trennung von Judikative und Exekutive verstößt. Es gibt kein Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen wie es die Menschenrechtskommission der UNO und der Europarat empfiehlt. Seit Mitte 1994 werden auch immer mehr bekennende Kriegsdienstverweigerer von den türkischen Militärgerichten zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt.

In der Türkei sind derzeit ca. 200.000 junge Männer "fahnenflüchtig". Im Frühjahr 1994 verlautbarte die türkische Regierung ein Ultimatum an alle Deserteure. Wer sich bis zum 16.05.1994 freiwillig bei den Streitkräften melden würde, bliebe straffrei. Von den damals 250.000 Wehrpflichtigen, die sich dem Dienst entzogen hatten, haben sich immerhin 60.000 aufgrund des Amnestieangebotes gemeldet. Angesichts der beschränkten Wirkung solcher "Amnestien" begann der Oberste Generalstab, die Militärjustiz einzusetzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Können Sie sich eine bilaterale Initiative Österreichs gegenüber der Türkei vorstellen, die die Menschenrechtslage von Kriegsdienstverweigerern thematisiert?
2. Erachten Sie es für angemessen, wenn deren Einberufung und Rekrutierung eindeutig aus politischen und ethnischen Gründen erfolgt ist und deren Strafverfolgung jeglicher rechtsstaatlicher Grundlagen entbehrt?
3. Werden Sie in den Fällen der inhaftierten und zu längeren Gefängnisstrafen verurteilten Kriegsdienstverweigerer Oman Murat ÜLKE, Aytek ÖZEL, Arif Hikmet İYİDOĞAN bei der türkischen Regierung entsprechende diplomatische Schritte zur Einhaltung der Menschenrechte und zu deren Entlassung veranlassen?
4. Werden Sie in den Fällen der SympathisantInnen der Verweigerer, der Schriftstellerin Bilgesu ERENUS und der Fernsehjournalistin Tecfik BERBER und Erhan AKYLDIZ, die über die Verweigererbewegung berichteten und die zu Haftstrafen verurteilt wurden entsprechende diplomatische Schritte veranlassen?